Krakauer Zeitung.

Nr. 223. Montag, den 29. September 1862.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung" (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. **Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.**

VI. Jahrgang.

Einladung zur Pränumeration auf die

„Krakauer Zeitung"

Mit dem 1. October 1862 beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. August d. J. dem Bürgermeister zu Wegstadtl in Böhmen, Joseph Mildner, in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens, namentlich im Schulfache, das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. September d. J. dem Pfarrer zu Pöstyén, Johann Keller, die Titulatur-Probstei B. M. V. Aiska sen Ochka allergnädigst zu verleihen geruht.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat bei dem Wechselgerichte erster Instanz in Pesth die disponiblen Komitatsgerichte, Ignaz von Bataky und Ignaz von Polgár, den disponiblen Stuhlrichter Karl Makszián und den disponiblen Handelsgerichtsrath-Sekretär Joseph Szenóner zu Notären; ferner den disponiblen Komitatsgerichts-Offizial Titus Gerometa und die disponiblen Gerichts-Adjunkten Julius Beteczky, Joseph Papp und Basil Wassilievits zu Notärs-Adjunkten, dann den disponiblen Hilfsämterdirector Gabriel Udvardy zum Einreichungs-Protokollisten, den disponiblen Handelsgerichts-Offizial Matthäus Haragó zum Expeditor, endlich die disponiblen Landesgerichts-Offiziale Franz Illés und Johann Szeller zu Expeditors-Adjunkten ernannt.

Die königlich ungarische Hofkanzlei hat bei dem königlich ungarischen Wechselapellationsgerichte in Pesth zu Raths-Protokollisten den disponiblen Urbarialgerichtsrath Eduard Balázs de Sipek und den disponiblen Oberlandesgerichtsraths-Sekretär Franz von Karap, zu Konzipisten den disponiblen Staatsanwaltssubstituten Karl von Fábry und den disponiblen Gerichts-Adjunkten Joseph Morlin, zum Einreichungsprotokollisten den disponiblen Hilfsämter-Direktor Alexander von Légrády, endlich zum Expeditor den Offizial der königlichen ungarischen Hofkanzlei Franz Biró ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 27. September.

Bekanntlich hat, schreibt der Brüsseler Correspondent der „K. Z.", kurz nach der Affaire von Aspromonte Thouvenel vom Kaiser die Veröffentlichung der Actenstücke verlangt, welche auf die letzten Schritte der französischen Regierung in Rom Bezug haben. Der Kaiser weigerte sich deß. Später kam Herr Thouvenel wieder auf sein Verlangen zurück, indem er erklärte, widrigenfalls seine Entlassung einreichen zu wollen. Der Kaiser vertröstete seinen Minister bis zur Rückkehr des Hofes aus Biarritz. Nun meldet uns der Telegraph, daß der „Moniteur" die erwähnten Documente denn doch veröffentlicht. Dieser Schritt des Kaisers ist somit als Zugeständniß an Thouvenel und an Italien zu betrachten. Nach dem telegraphischen Auszuge zu urtheilen, ist der Inhalt allerdings günstig; denn Herr Thouvenel sagt am Schlusse seiner Depesche an Lavalette, daß, wenn Frankreich zu der Ueberzeugung gelangt, daß alle seine Vorschläge zurückgewiesen werden, so wird es endlich dafür Sorge tragen müssen, aus einer falschen Lage zu kommen, welche ohne Gefahr nicht dauern könne. Nun aber hat der Papst auch die letzten, direct vom Kaiser ausgegangenen Anträge zurückgewiesen, und Frankreich muß also überzeugt sein, daß es von Rom aus nichts zu erwarten habe. Zunächst wird man in den Tuilerien sich zu erklären haben, wie groß die Dauer ist, über welche hinaus der Status quo ohne Gefahr nicht aufrecht erhalten werden könne. Die diplomatischen Unterhandlungen werden sich also um diesen Punct drehen. Es wird aber der ganzen Energie und Geschicklichkeit der italienischen Regierung bedürfen, damit diese den Kaiser auch zu diesem Schritte bewege. Vorläufig ist La France aufs Maul geschlagen.

Es wird hervorgehoben, daß die Veröffentlichung der Actenstücke über die römische Frage genau drei Monate nach dem Datum der Depesche des Gesandten in Rom Herrn de Lavalette erfolgt ist. Man versichert, er habe damals dem römischen Hofe noch drei Monate Bedenkzeit gegönnt. Gleichzeitig heißt es, Herr Lavalette habe in diesem Augenblick dem Papste schon ein Ultimatum gestellt. Das sind offenbar Tendenzgerüchte, die aus dem piemontesischen Lager stammen.

Man spricht von einer Reise des Generals Cialdini nach Paris. Er käme Ende October in Mission nach Paris. Da man nun eben gerade nach einer Lösung quand même sucht, so sucht man dieser Reise des italienischen Staatsstreichs-Candidaten eine besondere Bedeutung durch Hinweisung auf die außerordentlichen Ereignisse zu geben, die sich damals an seine Mission nach Chambery knüpften.

Vor einigen Tagen brachte bereits die Patria eine Privat-Depesche, wonach der König Victor Emanuel einer Deputation von Forli gegenüber die Versicherung ausgesprochen habe, innerhalb dieses Jahres noch in den Besitz von Rom zu kommen. Eine Correspondenz aus Turin in Corriere d'Italia, die man dem Deputirten Signor Donato zuschreibt, bestätigt heute diese Nachricht und bringt den Wortlaut der Antwort, die der König dem Herrn Ubiccini, dem Präsidenten der Deputation von Forli gegeben hat: „Die Italiener mögen sich beruhigen", rief der König aus, „meine Regierung ist nicht weniger als die Nation darauf bedacht, Italien vom Capitol aus als Königin zu proclamiren. Ich habe das Vertrauen, daß das Jahr 1863 uns nicht mehr in Turin sehen wird." Der Correspondent garantirt den Wortlaut der königlichen Antwort.

Die „France" kommt wieder darauf zurück, daß Dr. Partridge ein politischer Agent Englands sei. Er soll selbst kein Geheimniß daraus machen. Der Commandant habe ihn Anfangs nicht allein bei Garibaldi lassen wollen, da er jedoch von Lord Palmerston sehr empfohlen worden, kam vom Ministerium die Bewilligung, daß Niemand ihn bei seinem Verkehre mit dem Gefangenen störe.

Partridges Sendung war nach der „N.P.Z." keine andere, als aus dem Munde Garibaldi's selber zu erfahren, ob gewisse Briefschaften in Sicherheit gebracht worden oder ob sie dem Turiner Cabinete in die Hände gefallen seien. (Dr. Partridge hat Spezzia wieder verlassen.)

Graf Stakelberg, der Gesandte Rußlands in Turin, hat, wie man der „Ind. p." schreibt, dem General Durando in Betreff der in Mailand, Turin und anderen unter piemontesischer Herrschaft stehenden Städten abgehaltenen Seelenmessen für die bei den Warschauer Aufständen gefallenen Polen Vorstellungen gemacht.

Der Uditore di Rota beim päpstlichen Stuhle, Monsignor Nardi, ist, mit speziellen Aufträgen Sr. Heiligkeit betraut, in Venedig eingetroffen und wird sich von dort auch nach Wien begeben. Dersebe hat die Reise nach Venedig auf sehr großen Umwegen gemacht, da er sich von Civita-Vecchia nach Marseille eingeschifft und aus Franreich durch die Schweiz hier eingetroffen ist. Es wird behauptet, daß die päpstliche Regierung vor der Abreise des Uditore die Nachricht erhalten habe, daß im Falle Monsignor Nardi die Reise durch die Staaten Victor Emanuels nehmen würde, die Sicherheit seiner Person und seiner Mission gefährdet sei, da die Revolutionäre und die Regierung des Galantuomo wichtige Papiere bei ihm vermuthen, in welche sie sich um jeden Preis Einsicht zu verschaffen gedenken.

In seiner „Revue de la Semaine" vom 23. d. verbreitet „Dagbladet" sich zur Instruction der ausländischen Presse ziemlich ausführlich über die preußische Note vom 22. August und das österreichische Memorandum, überreicht den 25. August. Das Blatt bemüht sich namentlich nachzuweisen, daß die Frage nunmehr keine deutsche, innere des Bundes sei, sondern, wegen der Einmischung der Verhältnisse Schleswigs und der ganzen Monarchie, zugleich einen völkerrechtlichen europäischen Character habe. Es erwähnt ferner, daß Dänemark die Verpflichtungen von 1852 nur unter der Voraussetzung eingegangen sei, daß der Bund seinen Character nicht verändern, sondern sich streng innerhalb der Grenzen des Bundesrechts halte. (Man sieht wohl nicht mit Unrecht darin Fingerzeige rücksichtlich des dänischen Cabinets.) Die wöchentliche politische Revue der Kopenhagener „Illustrirten Zeitung" will wissen, daß die Nachricht einer eventuellen schwedischen Besetzung Schleswigs in Folge eines geheimen Tractats auf einer Unwahrheit beruhe. „Flyveposť" deducirt, daß die fremde Einmischung und das Infragestellen der Unabhängigkeit Dänemarks lediglich eine Folge der Eiderpolitik sei, und daß die Gesammtstaatspolitik jede Gefahr wieder entfernen könne. „Fädrelandet" wie die „Berl. Tid." widmen den letzten deutschen Noten gleichfalls längere Artikel.

Der englische Botschafter Sir Henry Bulwer ist am 27. d. Morgens 6 Uhr mit dem Eilschiff „Albrecht" in Semlin eingetroffen. Er wurde von den Consuln Oesterreichs und Englands empfangen und begab sich um 10 Uhr mit dem k. k. Kriegsdampfer „Albrecht" nach Belgrad. Der Kriegsdampfer wurde zur Disposition des Botschafters gestellt und verbleibt in Belgrad.

Man spricht von der bevorstehenden Anerkennung der amerikanischen Südstaaten durch Frankreich. Der Pariser Correspondent der „Ostd. Post." glaubt nicht recht daran; wenigstens werde man in dieser Beziehung nichts thun ohne England; aber es sei richtig, daß Hr. v. Slidell, der Südstaaten-Diplomat in partibus, mit Hrn. v. Thouvenel und mehreren anderen Ministern Unterredung gehabt hat. Es sei auch bemerkt worden, daß der zukünftige Gesandte der Südstaaten mit Hrn. de Lagueronnière und dem Journal France sehr eng liirt ist. Genug, es fehle nicht an Symptomen, welche auf die Eventualität einer Anerkenuung der Regierung von Richmond hinzudeuten scheinen, und es sei nicht unwahrscheinlich, daß, sobald General Forey in Mexico einen entscheidenden Erfolg errungen, eine Erklärung betreffs der amerikanischen Wirren im „Moniteur" erscheinen werde.

Im Süden und im Westen Indiens haben neue Insurrectionsversuche stattgefunden. Vier Cavallerie-Regimenter sind aufgelöst und acht andere eingeborene Regimenter bedeutend verringert worden.

Die in Gablonz versammelten Vertreter der Production von rohem und veredeitem Glase, so wie von verschiedenartigen Bronce- und Bijouteriewaaren in und um Gablonz erklären die Concurrenz mit der gegenwärtigen Zolleinigung zwischen Oesterreich und Deutschland als das Mittel zu einer nach beiden Seiten hin erspießlichen Erweiterung ihres Absatzgebietes.

An dem Handelstage in München werden sich die Abgeordneten Szabel und Skene für Olmütz, Steffens für Budweis und Winterstein für Wien betheiligen.

Nach der „Schl. Z." hat die russische Regierung in Berlin Anträge wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Rußland gemacht, das preußische Cabinet jedoch mit Rücksicht auf die Zerwürfnisse unter den Zollvereinsregierungen anläßlich des Abschlusses des Handelsvertrages mit Frankreich einstweilen noch Anstand genommen, in Verhandlungen zu treten.

Aus Frankfurt a. M. wird geschrieben, daß sich daselbst bereits ein Comité zu dem Zwecke gebildet hat, um für die bevorstehende großdeutsche Versammlung die nöthigen Vorbereitungen zu treffen.

Se. k. Hoh. der Herr Ministerpräsident Erzherzog Rainer ist heute früh von seiner Reise nach London hier eingetroffen.

Wie man aus Weimar berichtet, wird dort wahrscheinlich am Sonntag den 28., Vormittags 11 Uhr, die erste Hauptsitzung der Versammlung deutscher Volksvertreter stattfinden. Im Ganzen sind ungefähr 200 Abgeordnete angemeldet; viele sind bereits dort eingetroffen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 25. September. Generaldebatte über den Grundkataster. Schluß.)

A. Ryger freut sich, daß galizische Abgeordnete an der Budgetberathung Theil nehmen. Das kann ihn aber nicht hindern, den Ansichten seines Vorredners entgegen zu treten.

Redner sucht nun mit allerlei burlesken Redensarten die Ausführungen Kaisersfelds zu widerlegen. Die gelehrten Ausführungen desselben glaubt er mit der Plattitude abthun zu können: „Wir haben hier nicht die Zeit zu Fuchsereien, wir haben den Staatshaushalt zu regeln." Das Princip der Negation schade dem Fortschritt am meisten, lieber hundert Mißgriffe, als einen derartigen, sich selbst verurtheilenden Stillstand. Alles in der Welt schreite fort, die physische Entwicklung, wie die moralische. Alles im Leben sei dem Wechsel und der Veränderung, dem Fortschritte unterworfen, auch der stabile Kataster habe keine ewige Stabilität, habe er sie doch, so sei dies eben ein Fehler.

Folgt eine hypercentralistische Bekämpfung der Anschauung, daß der Gegenstand vor die Landtage gehöre. Hier im Reichsrathe, wo die Repräsentanten aller Länder erscheinen konnten, wenn sie wollten, sei der Ort, wo die Frage über die Basis der Grundsteuer entschieden werden müsse, man dürfe nicht zugeben, daß dieser Gegenstand in einzelne Quecksilberkügelchen zersplittert werde, welche unter einander keinen andern Zusammenhang haben, als eben das Zwangsglas, das sie zusammenhält. Den Werthkataster nennt Redner den Untergang der Wissenschaft und tritt schließlich dem Antrage Hopfens bei.

Dietl verzichtet auf das Wort, da er den Ansichten seines Landsmannes v. Grocholski vollkommen beipflichte und denselben nichts mehr hinzuzufügen finde.

Herbst: Diese Frage betrifft ganz vorwiegend Böhmen, weil kein Land mit der Grundsteuer so sehr belastet und überlastet ist, wie Böhmen. Darum bin ich gegen den Vertagungsantrag, weil derselbe diese Lasten verewigen, weil kein Land durch die Vertagung so schmerzlich betroffen würde, wie Böhmen, welches mehr als den dritten Theil der gesammten Grundsteuer aller deutsch-slavischen Länder bezahlt, nämlich 12.679.000 Gulden von 33 Millionen. Böhmen ist in dieser Beziehung sogar mehr belastet, als sein sonst gleich ihm am meisten zu den Staatslasten beigezogenes Schwesterland Mähren, welches hier nicht die gleiche Berücksichtigung mit Mähren gefunden hat. Damit diese Belastung möglichst bald aufhöre, muß der Kataster revidirt werden, um so überraschender sei ihm der Antrag des Herrn v. Kaisersfeld gewesen. Herr v. Kaisersfeld habe gesagt, er sei noch nicht mit sich im Reinen, ob er sich für den Werthkataster entscheiden soll oder nicht. Redner glaubt indeß, daß er in der That mit sich darüber im Reinen ist, vielleicht ohne es zu wissen, denn zwischen dem stabilen Kataster und dem Werthkataster gebe es nichts Anderes und wenn man mit der Anschauung der Regierung nicht einverstanden sei, müsse man der Regierung etwas Anderes vorschlagen, aber man dürfe sie nicht an die menschliche Combination und an den menschlichen Scharfsinn verweisen und ihr so etwas zumuthen, was noch keiner Regierung zugemuthet wurde, nämlich eine Erfindung zu machen. (Heiterkeit.) v. Hopfen habe mit Recht bemerkt, die Rede des Dr. Fischer sei die glänzendste Verurtheilung des Werthkatasters, denn bekanntlich sei in unfruchtbaren Gebirgsgegenden der Werth von Grund und Boden viel höher als in fruchtbaren, wohlhabenden Ländern und darin liege das Ungerechte des Werthkatasters. Und solche arme Gebirgsgegenden besitze Böhmen sehr viele.

Eine weitere Ungerechtigkeit des Werthkatasters sei die, daß Grund und Boden von großen Grundstücken wohlfeiler sei als von kleinen, daß also der kleine Grundbesitzer höher besteuert werde, als der große. Er würde für das System der Länderquoten stimmen, aber dann dürfe man nicht eine bestimmte Quote auf ein Land wälzen und dem Landtage die Vertheilung unter die Steuerpflichtigen überlassen. Nach den Bemerkungen zu dem Voranschlage des Budget pro 1862 würde das Gesetz einer Grundsteuer-Revision, welches Herr v. Kaisersfeld von der Regierung verlangt, so ausfallen, daß jedes Land die Steuerquote zahlt, die es jetzt zahlt, eine Ausnahme werde nur für Westgalizien gemacht, welches 1.400.000 fl. mehr zahlen soll als jetzt und die Bukowina, welcher eine gleiche zugedacht sei. Im Uebrigen soll Alles beim Alten bleiben, die Länder, die zu wenig zahlen, sollen fortwährend zu wenig zahlen, die Länder, die zu hoch belastet sind, zu hoch belastet bleiben. Redner schließt mit dem Antrage, den Entwurf an einen eigens zu bildenden Ausschuß zu weisen, in welchem alle Capacitäten dieses Hauses vertreten sein könnten, was im Finanzausschusse nicht der Fall sei. Dadurch würden auch die Bedenken des Herrn von Grocholski wegen verspäteter Einberufung der Landtage beseitigt werden, denn uns Allen ist (fährt Redner fort), ich kann das aufrichtig versichern, sehr viel daran gelegen, daß die Landtage rechtzeitig einberufen werden und der Finanzausschuß hat allerdings zu viele Arbeiten, um den Gegenstand rasch erledigen zu können. (Bravo!)

Ritter v. Wężyk verzichtet auf das Wort.

Brinz will eine stabile Grundsteuer und in Folge dessen nothwendig einen stabilen Kataster. Darum ist es für ihn auch kein Zweifel, daß der jetzt bestehende Kataster gegenüber der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, über die man allgemein klagt, revidirt werden müsse. Im Uebrigen schließt er sich dem Antrage Herbsts an.

Abgeordneter Wohlwend: In meinem Vaterlande Vorarlberg besteht, wie schon Herr v. Froschauer erwähnte, der Werthkataster. Derselbe wurde unter der baierischen Regierung im Jahre 1808 auf rationelle und höchst practische Weise eingeführt. Aus den Selbstfatirungen der Werthe der Grundstücke, aus den Abschätzungen durch gerichtliche Commissäre, aus der Vergleichung dieser Resultate mit dem mittleren Currentwerthe, den Käufen und dem Ertrage des Bodens

wurde unter Mitwirkung beeideter Schätzleute vom Lande ein billiges Verhältniß gezogen, dieses als Steuercapital für jedes einzelne Grundstück fixirt und hievon die allgemein bestimmte Steuerquote bezogen. Diese Steuereinrichtung besteht gegenwärtig noch und wird von diesem Steuercapital nicht wie in Tirol nur $^3/_8$, sondern die ganze Steuer bezahlt. Wenn ich mich nun für die einstweilige Belassung des gegenwärtigen Werthkatasters in Vorarlberg ausspreche, so schließe ich dadurch die Revision dieses Katasters nicht aus. Ebensowenig wird sich Vorarlberg gegen die Einführung des stabilen Katasters sträuben, wenn man nur überzeugt sein kann, daß derselbe auf rechter Basis eingeführt, und mit Berücksichtigung der localen Verhältnisse durchgeführt wird, und die daraus resultirende Steuer nicht überbürdend sei. Dieses zu beurtheilen ist aber nach meiner Ansicht der Landtag vollkommen berufen. §. 19 der Verfassung vom 26. Februar sagt: Der Landtag ist berufen:

1. zu berathen und Anträge zu stellen:

a) über kundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes; b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen."

Mir ist wahrhaftig keine Einrichtung für ein Land bekannt, die auf das Wohl des Landes mehr rückwirkt als dessen Grundsteuersystem. Soll daher dieser Paragraph je Anwendung finden, so trifft er ganz gewiß hier zu, und deßwegen stimme ich für den Antrag des Herrn v. Froschauer.

Brosche verzichtet aufs Wort.

Schlegl belegt seine Vertheidigung des Antrags v. **Kaisersfelds** mit einer Reihe statistischer Daten.

Nächste Sitzung Samstag.

Sitzung des Hauses der **Abgeordneten** am 27. September.

An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Generaldebatte über den Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Revision des Grundertragskatasters.

Baron **Kalchberg** sowohl gegen den Ausschußantrag als die Regierungsvorlage. Letztere habe eine Erhöhung der Steuer, eine Vermehrung des Einkommens beabsichtigt, und das sei noch ein verzeihliches Vergehen; allein ersterer entbehre der Logik und Consequenz. Das Haus möge sich vor jeder Ueberstürzung hüten, das Bestreben, überall Parcellarkataster zu octryiren, sei eine Ueberstürzung.

Den Umstand, daß mehrere ursprünglich gegen den Ausschußantrag eingeschriebene Redner später unter gewissen Modificationen für denselben sprachen, ist eben nur ein Akt parlamentarischer Courtosie und nichts weiter. Ueberhaupt ist die Angelegenheit noch nicht spruchreif und der Ausschuß hat nicht die physische Zeit gehabt, das riesige Material zu bewältigen. Die Frage ist daher eine offene. Man prüfe Alles und behalte das Beste. Die Vorfrage reduzirt sich einfach darauf: will man Bodentaxe oder Einkommensteuer? Gerechtigkeit und Staatsbedürfnisse erheischen das Letztere.

Redner erklärt sich gegen das Princip des Parcellarkatasters, läßt den Bestimmungen des Kataster-Patentes von 1817 volle Gerechtigkeit wiederfahren, macht aber auf die immensen wesentlichen Verschiedenheiten aufmerksam, die seitdem im Betriebe der Landwirthschaft stattgefunden und sie zu einem eigentlichen Gewerbe umgeschaffen haben.

Man besteuert die physische Arbeitskraft des Landmannes und so muß gerechter und consequenter Weise auch die Kraft der Intelligenz und des Kapitals im landwirthschaftlichen Betriebe besteuert werden. Das betreffende Verfahren des galizischen Landtages war durchaus kein Sonderungsgelüst, sondern vollkommen durch die Kapitalsarmuth des Landes gerechtfertigt. Eine neuerliche von der Regierung vorzunehmende Redigirung des erwähnten Patentes thut also noth; sie ist kein Verschieben ad celendas graecas, sondern die allein mögliche Förderung der Angelegenheit.

Redner unterzieht noch die vorgeschlagene Modalitäten des Werthkatasters einer Beleuchtung und stimmt im Wesentlichen den in früheren Sitzungen gestellten Anträgen Kaiserfeld und Froschauer bei, so wie er auch für die Sistirung der Schätzungsoperation votirt.

Baron **Dobblhoff** (auf der Galerie nur schwer verständlich) vertheidigt den Ausschußantrag und das System des stabilen Katasters als einzige haltbare Grundlage einer richtigen Grundsteuer.

Redner empfiehlt den Antrag Hopfen.

Es sprechen noch Kaiserfeld und Wiefer (Generalredner) gegen Oberleitner und Schindler (Generalredner) für den Ausschußantrag.

v. **Plener**: Die Debatte hat die Nothwendigkeit herausgestellt, bei der Reform der Grundsteuer mit aller Vorsicht und gründlicher Erwägung aller Ansichten zu Werke zu gehen. Der Herr Finanzminister wirft dann einen Rückblick auf die Geschichte der von der Regierung angestrebten Steuerreform. Der Reichsrath werde von der Regierung Vorlagen erhalten, welche ihm die Möglichkeit geben, über die Frage zu entscheiden, ob stabiler Kataster, ob Werthkataster, er werde auch Möglichkeit haben, den Ertragskataster ohne dessen kostspielige Complicationen beizubehalten. Man scheine auch den Unterschied zwischen Quotensteuer und Werthkataster nicht gehörig zu verstehen. Die Quotensteuer sei eben so wenig durch den Werthkataster bedingt, als diese durch jene, der Kataster sei eine Grundlage zur Ermittlung des Steuerertrags, die Quotensteuer sei eine Form der Besteuerung für jede Steuergattung. Ueber die Principien, ob stabiler, ob Werthkataster, heute abzusprechen, sei nicht die Zeit. Der Herr Minister glaubt, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer auch ohne eine Revision derselben von den Steuerpflichtigen wird ertragen werden können, und erklärt, die Regierung werde die Katastralarbeiten, da, wo sie begonnen sind, nicht sistiren, sondern entschieden, wenn auch mit thunlichster Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, fortführen und vollenden. Die von dem Regierungsentwurfe vorgeschlagene Revision würde etwa drei Jahre in Anspruch nehmen und etwa 1.600,000 fl. jährlich kosten. Das Haus möge heute keine Entscheidung über das Steuersystem treffen, sondern sich erst von der Regierung umfassende Aufschlüsse holen, er beantragt, das Haus möge auf die Revision auf Grundlage des Regierungsentwurfes eingehen. Sollte indeß der Entwurf an einen Ausschuß zurückgewiesen werden, so sei die Regierung bereit, im Ausschusse sowohl die Instruction vorzulegen, als alle übrigen Aufschlüsse zu geben.

Man schreitet nun zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag des Herrn v. **Kaisersfeld**.

Der Antrag ist mit 73 gegen 70 Stimmen verworfen.

Der **Hopfen-Herbst**'sche Antrag (Verweisung der vorletzt an einen Ausschuß vom 15 Abgeordneten aus den verschiedenen Kronländern) wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dinstag um 9 Uhr. Tagesordnung: **Lehengesetz, Finanzgesetz** für 1862.

Am 26. hat die letzte Besprechung von Abgeordneten mit dem Finanzminister v. Plener wegen der Modification der Vollzugsvorschrift zum **Branntweinsteuergesetz** stattgefunden. Ministerialrath v. Dessary trug den Entwurf der Nachtragsverordnung vor, welcher mit unwesentlichen Aenderungen gutgeheißen wurde. Die Verordnung wird bereits morgen (27.) in Druck gelegt werden und demnächst im Reichsgesetzblatt erscheinen. Sie wird sich an die einzelnen Paragraphe der Vollzugsvorschrift anschließen.

Graf Hartig führte den Vorsitz; die Polen waren noch zahlreicher als das letzte Mal vertreten und waren bestrebt, das Interesse der vielen kleinen Spritbrennereien in Galizien zu wahren.

Se. Exc. der ungarische Hofkanzler Graf **Forgach** hat sein Mandat als Abgeordneter des böhmischen Landtages niedergelegt.

Gegen den Abgeordneten Dr. **Zyblikiewicz** ist eine Klage wegen Ehrenbeleidigung eingeleitet worden, zu deren Einbringung das Haus seine Zustimmung ertheilen mußte. Als Kläger tritt ein Advokat, der nicht zu den Abgeordneten zählt, auf. Die Klage soll sich auf eine mündliche Aeußerung beziehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. September. Der Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers von Kladrub in Böhmen wird heute Abends entgegengesehen.

Die Abreise Sr. Majestät des **Kaisers** nach **Ischl** dürfte nächsten Dinstag erfolgen. In Ischl wird Se. Majestät 3—4 Tage verbleiben.

Se. k. k. apost. Maj. hat für die Armen Brünns und der Umgebung 1000 fl. gespendet. — Der Weg, den Se. Maj. in den neuen Spielbergsanlagen gewandelt, wird fortan „Kaiserweg" und der Sitz, von dem aus der Monarch die Stadt und die weite Umgebung beschaute, „Kaisersitz" genannt werden. Bei der Abfahrt Sr. Maj. von Brünn waren die Straßen festlich beleuchtet. Wie der Bürgermeister d'Elvert bekannt macht, trug ihm Se. Maj. bei der Abreise auf, den Brünnern zu sagen, „wie sehr den Kaiser der herzliche Empfang gefreut habe und daß er tief gerührt sei von den vielen Beweisen der Liebe und Anhänglichkeit seiner treuen Stadt Brünn." — Bei der Aufwartung des Landesausschusses äußerte sich der Kaiser: „der Landtag werde demnächst zusammentreten; er habe hochwichtige Aufgaben zu lösen. Die Vorlagen seien so bedeutend, daß der Landtag sich nur mit den Landesinteressen werden beschäftigen können." Se. Maj. betonte namentlich das Gemeinde- und das Concurrenzgesetz.

Aus **Kladrub**, 25. September, meldet ein Telegramm: Seine Majestät der Kaiser sind gestern Abens in Schloß Kladrub vom kommandirenden General Grafen Clam-Gallas, vom Statthalter, dem Kreishauptmann von Chrudim, und dem Bezirksvorsteher in Preloul ehrfurchtsvoll empfangen worden. Die zahlreich versammelte Bevölkerung bereitete Sr. Majestät den herzlichsten Empfang. Heute erstes Manöver. Auf der Reise sind Se. Majestät in Wildenschwert, Brandeis, Choczen, Hohenmauth, Uhersko von den zahlreich versammelten Volksmengen und den Stadtrepräsentanten feierlich begrüßt worden. In Pardubitz, wo sich eine besonders große Menschenmenge versammelt hatte, ließ der große Männergesangsverein die Volkshymne ertönen, der Bürgermeister, an der Spitze der Stadtverordneten, wurde von Sr. Majestät angesprochen. Am 25. auf der Fahrt ins Lager war in Elbeteinitz die Stadtrepräsentanz, die Geistlichkeit, die Schuljugend, die Zünfte mit Fahnen und beinahe die ganze Bevölkerung versammelt und die Stadt festlich geschmückt. Zwischen ihr und dem Lagerplatz waren zwei Triumphpforten errichtet.

Eine telegraphische Depesche aus **Kolin**, 27. September meldet: Gestern Morgens fuhren Se. Maj. der Kaiser in das Lager von Kolin. Abends Hoftafel in Kladrub, zu welcher auch viele Herrn des hohen böhmischen Adels geladen waren. Nach der Hoftafel trug der Gesangverein von Chrudim Nationallieder vor. Der Bürgermeister von Chrudim und der Vorstand des Gesangvereins hatten die Ehre Sr. Majestät vorgestellt zu werden und wurden huldreichst empfangen. Heute früh 9 Uhr passirten Se. Majestät Kolin und wurden jubelnd empfangen. Soeben Manöver.

Se. Majestät haben mit Allerh. Entschließung vom 20. August die Errichtung einer **ungarischen Bodencreditanstalt** (in der Art wie der galizische Creditverein) bewilligt und mit Vorbehalt der nachträglichen Gutheißung des Landtages zur Unterstützung des Reservefondes einen Vorschuß aus dem Landesfonde von einer halben Million genehmigt.

Ihre Majestät die Kaiserin ist von Paierbach in Schönbrunn eingetroffen, Se. Hoheit der Prinz Alexander von **Hessen** von Hessen-Darmstadt angekommen.

Ihre k. Hoheiten der Kronprinz Erzherzog **Rudolph** und die Erzherzogin **Gisela** treffen morgen von Reichenau in Schönbrunn ein.

Die hohe Braut Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs **Karl Ludwig**, Prinzessin Maria von Neapel, wird, dem Vernehmen nach, in einigen Tagen Rom verlassen und die Reise nach Wien antreten, wo Hochdieselbe in Begleitung Ihrer k. Hoheiten des Herrn Erzherzogs Ferdinand Max und der Frau Erzherzogin Charlotte eintrifft.

Der Statthalter von Galizien, FML. **Mensdorff-Pouilly**, ist aus London eingetroffen.

Der Herr FZM. Graf v. **Gyulai** wird nächsten Dinstag von seiner Badereise hier eintreffen.

Das k. k. Polizeiministerium hat der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift: „Die Reform" den Postdebit in den kaiserlichen Staaten wieder gestattet, wodurch das bisher bestandene Verbot dieses Journals außer Kraft gesetzt wird.

Mittelst heute publicirten Urtheils wurde **Kallab** zu zehn Jahren schweren Kerkers, dann in die Gerichts- und Ersatzkosten verurtheilt. Die ärarischen Forderungen von 10,000 Gulden, dann die nicht einbekannten Forderungen der übrigen Beschädigten werden auf den Civilrechtsweg gewiesen. Kallab legt Berufung ein.

Deutschland.

Aus **Berlin**, 26. Sept., wird gemeldet: Der Staatsanzeiger enthält die Gesetze, betreffend die schlesische Gebirgs-Eisenbahn und die Bahn von Berlin nach Küstrin. — Ueber die weiteren Ernennungen im Ministerium verlautet nichts Bestimmtes. — Die B.- und H.-Z. erwähnt ein Gerücht, wonach am nächsten Montage ein Manifest Sr. Maj. des Königs erscheinen würde. — Die Sternzeitung vernimmt, daß der Regierungspräsident v. Selchow zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt worden sei.

Nach der „Berliner Allg. Ztg." ist es im Werke, eine monatliche Bewilligung des Budgets eintreten zu lassen.

Der Minister des Auswärtigen Graf v. **Bernstorff** wird, wie die Berl. Allg. Ztg. hört, nur noch bis zum 1. October im Amte bleiben und bald darauf die Reise nach London antreten.

Aus **Berlin** schreibt man dem „Vaterl.": „Herr v. Bismark würde den Grafen Bernstorff (statt ihm den Gesandtschaftsposten zu geben) am liebsten zur Disposition stellen, denn er sei äußerst unzufrieden über die Art, wie sich Graf Bernstorff bei der Anerkennung Italiens benommen, noch mehr über die kurhessische Affaire; man erzählt sich ein drastisches Wort darüber, was leider nicht gedruckt werden kann. Es ist bekannt, daß Hr. v. Bismark kein besonderer Freund Oesterreichs ist, aber auch er mißbillige die Antwort Bernstorff's auf die bekannte Note, mit welcher Graf Rechberg die Anzeige der Anerkennung Italiens beantwortete. — Die Demokraten predigen überall Mäßigung, sie hoffen von Bismark eine abenteuerliche auswärtige Politik und hoffen von derselben zu profitiren; sie irren sich, Herr v. Bismark wird sich für's Erste hauptsächlich mit der Herstellung der königlichen Gewalt im Innern beschäfgen." — Ein anderer Berliner Correspondent des „Vaterland" schreibt: „Prinz Karl hat gesagt: Herr von Bismark hat die Situation vollständig in der Gewalt, weil der König erkannt hat, daß in Preußen nur eine conservative Politik möglich ist, nämlich die der „Kreuzz." Hr. v. Bismark aber ganz allein im Stande ist, mit ihm dieselbe zu tractiren, da er den pietistischen Anstrich nicht hat, der meinem Bruder an den Herren v. Gerlach, v. Kleist u. s. w. mißfällt. Die Aeußerung ist authentisch."

In der Sitzung des **preußischen** Abgeordnetenhauses vom 22. d. kamen bei der Verhandlung über den Bericht der Petitions-Commission mehrere Petitionen aus der Provinz Posen in Betreff der Beeinträchtigung des Gebrauchs der polnischen Sprache durch die Behörden der Provinz zur Sprache. Die Commission beantragt, über die Petition des Grafen v. Poninski, in der Erwartung, daß die darin hervorgehobenen Thatsachen die Regierung veranlassen werden, den Verwaltungsbehörden im Großherzogthum Posen die pünktliche Beobachtung der bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und der polnischen Sprache einzuschärfen, zur Tagesordnung überzugehen. Zu den übrigen Petitionen ist einfache Tagesordnung beantragt. Abg. v. Vincke (Stargard) stellt auch hinsichtlich der Petition des Grafen Poniński den Antrag, auf einfache Tagesordnung überzugehen.

Es wird die Generaldiscussion über alle vier Petitionen eröffnet. Graf **Bentkowski** gegen die Argumente des Berichts, indem er die rechtliche und politische Seite der Frage im Sinne der Petition ausführlich erläutert. v. **Prusinowski** gegen die Interpellation der Verträge, welche die Commission beliebt habe. Ein Schweigen könne als Zugeständniß angesehen werden. Preußen besitze das Großherzogthum Posen nur kraft der Wiener Verträge und unter der Bedingung derselben. Daher kehre auch die Sprachenfrage immer wieder.

v. Bonin (Genthin):

Er müsse voraussetzen, daß die Vorredner im Namen der polnischen Bevölkerung des Großherzogthumes gesprochen hätten. Neben dieser bestehe aber eine in der Kopfzahl fast gleiche, in allen übrigen Beziehungen überlegene deutsche Bevölkerung. Vorredner hätte von Germanisirungs-Tendenzen der Regierung gesprochen; die deutsche Colonisation gehe aber bis in das Mittelalter hinauf. Wenn diese Colonisation bisher keine größere Wirkung gehabt, so lag dies in der polnischen Gegenwirkung. In der Sprachenfrage habe Vorredner besonders auf das Verhältniß der Behörden zur Geistlichkeit Bezug genommen. Die katholischen Deutschen aber, welche nach Posen gekommen, wären von Anfang an zur Befriedigung ihres kirchlichen Bedürfnisses auf die polnische Sprache verwiesen gewesen, und die Regierung habe die größte Mühe, den Bitten deutscher Einwanderer, dafür zu sorgen, daß ihnen deutsch gepredigt würde, Eingang zu verschaffen. Darin habe man Germanisirungsversuche gesehen. — Die Rechtsfrage betreffend, so wäre die Gesetzlichkeit der bestehenden Verordnung in Abrede gestellt und Differenzen blieben nicht aus. Wie wenig die Regierung aber die Sprachanträge zu einer Bedürfnißfrage herabdrücken wolle, ergebe sich aus dem Regulativ, wonach auf deutsche Eingaben deutsch, auf polnische in deutscher Sprache mit polnischer Uebersetzung beschieden würde. Zur politischen Seite der Frage übergehend, so sei keine Frage, daß die polnische Bevölkerung, nachdem sie unter das Szepter Preußens zurückgetreten, nicht die von ihr gehegte Erwartung erfüllt habe. Wenn Preußen hinsichtlich Polens Verträge mit Rußland und Oesterreich eingegangen hätte, so hätten nur diese Staaten, im Fall einer Verletzung, das Recht der Beschwerde. — Was im Allgemeinen die Zustände des Großherzogthums betreffe, so sei auf Seite der deutschen Bevölkerung und der Behörden von einem Nationalhasse keine Rede; aber letztere müssen von der polnischen Bevölkerung verlangen, daß sie sich den allgemeinen Gesetzen eben so unterwerfe, wie die deutsche. Die Regierung wolle die Polen nicht entnationalisiren; aber sie verlange, daß dieselben Preußen würden. Redner gibt zum Schluß noch folgende Notizen. Nach der letzten Volkszählung betrage die Bevölkerung der Provinz Posen 1,500.000 Seelen, wovon 800.000 der polnischen Nationalität angehören. Diese überwiege also noch der Kopfzahl nach und außerdem im Besitze der Rittergüter und zahlen dem entsprechend noch etwas mehr an Grundsteuer als die Deutschen. In Betreff des bäuerlichen Grundbesitzes befinde sich schon mehr Areal in deutschen als in polnischen Händen, was um so mehr in Betreff des städtischen Grundbesitzes der Fall sei. — Es handle sich also hier um eine Frage der Provinz Posen, nicht um eine polnische Frage. Die Provinz Posen sei keine polnische Provinz mehr und werde es auch in Zukunft nicht mehr werden.

Abg. v. **Żółtowski-Pleschen** bemüht sich zunächst in längerer Ausführung, einzelne der vom Vorredner gemachten Anführungen zu widerlegen, und schließt: es handle sich nur um ehrliche Erfüllung der Verträge, um wirkliche Durchführung des Satzes: „was dem Einen recht, ist dem Anderen billig."

Abg. **Schulze** (Berlin):

Ein freundliches Zusammenleben der beiden Nationalitäten in den polnischen Provinzen werde verhindert durch das Bestreben der Polen, sich als selbstständige Nation wieder herzustellen, durch die Losung: Wiederherstellung des Polen von 1772. Sie betrachteten die Deutschen gewissermaßen als Fremde. Es handle sich dabei nicht um eine rein preußische, sondern um eine deutsche, eine europäische Frage, um ein Stück deutscher Kultur. Bei aller Sympathie für die polnische Nationalitätsbewegung folge doch nicht, daß man die eigene, die deutsche Nationalität, zurücksetzen müsse. (Beifall). Die polnische sei die verkehrteste Nationalbewegung. Es gebe keine Fremdherrschaft, keine gewaltsamen Eindringlinge in Polen. Eine Jahrhunderte lange Entwicklung schon während der Herrschaft der Polen selbst habe das deutsche Element, die deutsche Civilisation und die deutsche Herrschaft in Polen zur Geltung gebracht. Auf die Entwicklung der Polen selbst sei das deutsche Wesen von dem förderlichsten Einfluß gewesen. Erst seit Einführung der deutschen Agrikulturgesetzgebung könne von wirklicher Kultur in Polen die Rede sein. — Man habe von Germanisirung gesprochen: wer solle die verbieten und wer solle sie gebieten? Die dringe ein wie die Luft. Wer habe jemals eine gewaltsame Germanisirung versucht, wer die Kirchen und Schulen den Polen gewaltsam genommen? wie könne man da einen Vergleich mit den Dänen in Schleswig aufstellen? Nicht um das Nationalitätsprinzip, sondern um das Territorialsystem handle es sich! Grade die Polen wollten die nationale Existenz unserer Landsleute antasten, und deshalb sei diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Wenn die Polen uns den Kampf bieten, so müsse er von uns aufgenommen werden. Die Provinz sei eine Nothwendigkeit für Deutschland. Seit Jahrhunderten vollziehe sich die Germanisirung; diese Provinzen seien eine Eroberung des deutschen Geistes, welcher sie den Slawen abgerungen. Es hieße die Bestrebungen von Jahrhunderten verleugnen, auch nur einen Fuß breit Boden davon abzutreten (Bravo) und damit ein werthvolles Glied Deutschlands abzuschneiden. „Wir haben den Kampf nicht gesucht und suchen ihn nicht, aber wenn er uns von diesen Herren (auf die Polen deutend) entgegengetragen wird, so nehmen wir ihn auf!" (Beifall.)

Abg. **Kantak**: Ob die Lösung, welche die Polen in ihrer Brust trügen, das Polen von 1772 oder ein anderes sei, das sei ihre Sache und darum habe sich Niemand zu kümmern. — Es sei nicht zu leugnen, daß deutscher Geist und deutsches Capital viel für die Provinz gethan, aber dem deutschen Capital und dem deutschen Geist sei von der Regierung unter die Arme gegriffen worden, die polnischen Bestrebungen würden zurückgesetzt. „Wir sind Polen und wir werden es bleiben!"

Der Antrag von Vincke auf einfache Tagesordnung wird abgelehnt, der Commissionsvorschlag angenommen.

In der folgenden Petition beschwert der Abg. v. Niegolewski sich darüber, daß amtliche Schreiben mit deutscher Adresse an ihn gerichtet werden, und bittet um Abhilfe. Die Commission empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung.

Der Regierungs-Commissär führt aus, daß der Patent nicht berechtigt sei, eine polnische Adresse zu verlangen. Der Antrag der Commission wird angenommen.

Es folgt die Spezial-Discussion über die Petition einer Anzahl von Grundsteuer-Veranlagungs-Commissionen des Großherzogthums Posen, welche die Korrespondenz mit ihren Mitgliedern in Polnischer Sprache verlangen. Die Commission beantragt Tagesordnung. Abg. v. **Stablewski** behauptet, daß diese Commis-

sionen, entgegengesetzt der Ansicht der Petitions-Commission, die Eigenschaft von Staatsbehörden nicht hätten, und daß somit nach dem Ministerialrescript vom 8. November 1861 die Correspondenz mit den Mitgliedern nicht in deutscher Sprache stattzufinden habe. Er beantragt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Der Minister des Innern protestirt entschieden gegen Aeußerungen des Vorredners, durch welche die Behörden beschuldigt würden, die Gesetze nicht redlich auszuführen. — Die Tagesordnung wird verworfen, der Antrag des Abg. v. Stablewski angenommen.

In der Sitzung vom 23. handete es sich abermals um eine polnische Petition. Der Rittergutsbesitzer von Niegolewski beantragt in einer dem Hause zuerst im Jahre 1860, und dann in den seitdem stattgehabten Sessionen überreichten, aber in keiner derselben bisher zur Erledigung gekommenen Petition die Ausführung der in dem Vertrage zwischen Preußen und Rußland vom 3. Mai 1815 angeblich stipulirten territorialen Zusammengehörigkeit der ihnen zugefallenen Theile des alten Polens. Es handelt sich dabei um den Grenzverkehr, und der Petent behauptet, daß die betreffenden Bestimmungen nicht zur Ausführung gekommen seien, wodurch die Besitzer aller an Preußen gefallenen Theile des alten Polens seit 45 Jahren schwer gelitten hätten. Die Commission vermochte der Petition nicht beizutreten, und nur in einem Falle und zwar hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Gute Komorze und dessen robotpflichtigen Bauern zu Ruda erachtete sie dieselbe für begründet. Da indessen in diesem Falle der Instanzenzug nicht inne gehalten worden, so beantragt die Commission Uebergang zur Tagesordnung über die ganze Petition. Der Abgeordnete Graf Działyński, der die Petition rechtfertigt, stellt den Antrag, die Petition der königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Nach einer kurzen Bemerkung des Regierungscommissars, der die Ausführung des Commissars für gerechtfertigt erklärt, genehmigt das Haus den Commissionsantrag.

In der am 25. d. stattgehabten Sitzung des in Brandenburg a. d. H. versammelten evangelischen Kirchentages forderte der Hofprediger Dr. Krummacher die preußischen Mitglieder auf, in einer Adresse an Se. Majestät den König ihren tiefen Schmerz über die für Kirche und Staat zerstörenden Tendenzen der Gegenwart, aber auch ihre Hoffnung auf den Sieg der guten Sache auszusprechen. Die Adresse fand sofort sehr viele Unterschriften.

Nach Berichten aus Kassel wird die Ständeversammlung auf Ende October d. J. einberufen werden.

Nach der „Nat.-Ztg." ist Hassenpflug gestorben. Sein Geist war schon seit längerer Zeit völlig zerrüttet und nur noch der physische Theil des Menschen in ihm thätig gewesen.

Wie aus Stuttgart, 24. Sept., gemeldet wird, ist der frühere Märzminister der Justiz und jetzige Präsident der zweiten Kammer, Staatsrath von Römer, bedenklich erkrankt. Derselbe ist ein Siebziger.

Der Graf von Paris und der Herzog von Chartres sind in Eisenach eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach der Schweiz abgereist. Sie beabsichtigen zunächst einen Aufenthalt in Interlaken zu nehmen.

Frankreich.

Paris, 24. Sept. Man versichert nun in ganz bestimmter Weise, daß Herr Thouvenel seine Demission schriftlich eingereicht, daß aber der Kaiser die Antwort darauf vertagt habe. — Die große Versetzung unter den Präfecten und Unter-Präfecten, welche schon seit mehreren Jahren vorbereitet ist, wird nunmehr definitiv erfolgen, obgleich die Wahlen noch nicht unmittelbar stattfinden werden. — Die Preß-Direction hat dem Siècle, der Opinion Nationale und dem Temps zu wissen gethan, daß sie ihre Polemik gegen die von der Administration aufgestellten Wählerlisten einzustellen hätten, widrigenfalls sie mit einem Communiqué bedacht werden würden. Dies wäre vielleicht ein Grund, die Polemik um so eifriger fortzusetzen, da in dieser unklaren Materie eine officielle Eröffnung in Bezug auf die Wahl-Organisation immerhin einige kleine Winke gäbe. — Herr Fould soll sich in einer speciell finanziellen Angelegenheit nach Biarritz begeben haben, nämlich um das Verlangen des turiner Cabinets zu bekämpfen, die jetzigen und späteren italienischen Fonds zur officiellen Notirung an den französischen Börsen zuzulassen. Der Kaiser hätte sich im Sinne des Herrn Fould entschieden.

Der „Vigie de Cherbourg" zufolge hat abermals ein Zusammenstoß zwischen zwei französischen Schiffen stattgefunden. Dieses Mal zwischen dem Kanonenboot St. Barbe und dem Remorqueur Ossian. Die Beschädigungen sollen der Art gewesen sein, daß beide Schiffe genöthigt waren, in dem Hafen von Lorient eine Zuflucht zu suchen. Glücklicher Weise wäre kein Menschenleben dabei zu beklagen.

Paris, 25. September. Thouvenel's Entlassungs-Gesuch scheint den Kaiser in seiner biarritzer Siesta unliebsam gestört zu haben. Zu allseitiger Ueberraschung veröffentlicht der „Moniteur" heute drei Actenstücke zur römischen Frage, aus denen die Welt erfährt, daß Frankreichs Politik nunmehr vor dem Puncte angekommen ist, wo sie vor dem ewigen Non possumus des römischen Cabinettes eine andere Richtung einzuschlagen für geboten hält. Der Kaiser hat Herrn Thouvenel erklärt, so wie die Sachen jetzt ständen, sei ein Entlassungs-Gesuch seinerseits ganz ungerechtfertigt, und wie die Sachen stehen, das erfahren wir aus dem „Moniteur." — Die Actenstücke im „Moniteur" werden von der „France" förmlich im Triumphe gefeiert; die „Patrie" und der „Constitutionnel" verbergen ihre Verlegenheit unter der Begeisterung, die ihnen die kaiserlichen Worte einflößen; der „Temps" erinnert daran, daß seit dem 20. Mai sich die Verhältnisse gewaltig geändert haben; die „Presse" meint, der Kaiser habe bereits am 20. Mai auf die Dringlichkeit der Lösung der römischen Frage hingewiesen, und er müsse deshalb sagen, und dieses sei das Wichtigste, daß dieselbe heute noch dringlicher geworden sei; die „Opinion Nationale" spricht sich in demselben Sinne aus, doch weniger energisch. Neues sagt jedoch keines der Blätter, und man merkt allen an, daß sie nicht wissen, was eigentlich geschehen soll. An der Börse machte sich die Zweideutigkeit der Veröffentlichung der Documente im „Moniteur" ebenfalls fühlbar. Erst fand man sie schlecht, und man fiel, dann fand man sie gut, und ging wieder in die Höhe.

Belgien.

Belgien hat am 24. d. ein Nationalfest gefeiert; der greise König Leopold kam zum ersten Male seit seiner Genesung von der Residenz Laeken nach Brüssel. Es war wirklich die allgemeinste Theilnahme, die sich kundgab. Um zwei Uhr wurde der König an der Grenze des Weichbildes vom Bürgermeister und einer ungeheuren Menschenmenge begrüßt. Neben dem König saß seine Schwiegertochter, die Frau Herzogin von Brabant, ihnen gegenüber seine Söhne, der Herzog von Brabant und der Graf von Flandern; in einem zweiten Wagen folgte des Königs Enkel, der Graf v. Hennegau, mit seiner Schwester, der Prinzessin Louise Marie. Das Gedränge war so gewaltig, daß die Rosse kaum treten konnten, die Rufe: Vive le Roi! zuweilen wirklich betäubend. Als der König im Palast angekommen war, spielten alle Musik-Corps der Nationalgarde die Brabançonne und alle Anwesenden stimmten ein; König Leopold trat auf den Balcon, seine beiden Enkelkinder auf dem Arm, die Nationalgarde defilirte und hatte dabei ihre Hüte auf die Bajonette gesteckt. Es war ein großartiger Jubel. Nach dem Defiliren empfing der König die Glückwünsche des Senats und der Kammer, und kehrte gegen 6 Uhr nach Laeken zurück; auf dem Rückwege trugen 63 Gesangvereine, die sich in bestimmten Zwischenräumen aufgestellt hatten, die Brabançonne vor.

Großbritannien.

In Belfast ist es dennoch zu höchst bedauerlichen Auftritten zwischen Katholiken und Protestanten gekommen. Von Seite der Regierung geschieht so viel wie nichts, um denselben zu steuern. Nachdem unter den Augen von tausend Mann Polizei und Militär zu Fuß und zu Pferde und unter der Nase von einem Dutzend Friedensrichtern fünf Abende lang fortkrawallirt und übel gehaust worden ist, sind nicht mehr als drei Personen verhaftet und in Haft behalten worden.

Italien.

Wie aus Turin, 26. September, (über Paris) gemeldet wird, hielt Marquis Pepoli gelegentlich einer Preisvertheilung eine Rede, in welcher er energisch die Nothwendigkeit der italienischen Einheit, welche vergeblich bekämpft wird, aufrecht erhält. Pepoli dankte dem darob bewegten Prinzen Napoleon für die Vertheidigung der Einheit im Senate.

Der Beichtvater des Königs Victor Emanuel Abbé Stellardi, der einen eigenhändigen Brief der zukünftigen Königin von Portugal dem Papste überbracht hat, ist mit einem kostbaren Album, das mit werthvoller Gold- und Edelsteinarbeit, welche von den römischen Künstlern Burgarini und Odelli ausgeführt wurde, garnirt ist, als Geschenk des Papstes für die Prinzessin, von dort nach Turin zurückgekehrt. Seinen apostolischen Segen hat der Papst der Prinzessin nicht ertheilt, und für Victor Emanuel hatte er kein Wort des Grußes.

In Rom bereitet man auf die Anregung des sogenannten Nationalcomité's ein Hochzeitsgeschenk für die Pinzessin Pia vor.

Serbien.

Man schreibt dem „P. Ll." aus Belgrad, 23. Sept.: Die Türken von Uschitza ziehen in Folge der Capitulation über die Grenze nach Bosnien. Heute ist eine Commission aus einigen türkischen Beamten von der hiesigen Festung dahin abgereist, um bei Uebergabe der Festung zu interveniren und dafür zu sorgen, daß die Türken beim Abzug bis zur Grenze in keinen weitern Conflict gerathen; bis dahin werden sie vom serbischem Militär begleitet. In Folge des Ereignisses in Uschitza scheint die Pforte die den Serben zugesprochenen Concessionen gänzlich umändern zu wollen. Bei dieser Gelegenheit dürfte rücksichtlich der Festung Belgrad eine für die Serben günstigere Concession ertheilt werden; aus diesem Grunde ist der Pfortencommissär, welcher diese Woche hier hätte eintreffen sollen, noch nicht von Constantinopel abgereist.

Donau-Fürstenthümer.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß Fürst Kusa das Ministerium angewiesen habe, in Paris ein besonderes Schul-Institut zur Erziehung von 400 jungen Rumänen einzurichten.

Türkei.

Aus Konstantinopel, 13. Sept. wird der Triester Ztg. geschrieben: Der Vicekönig von Aegypten ist hier angekommen. Nach dem glänzenden Empfange, der ihm in Paris und London zu Theil geworden, war man hier in großer Verlegenheit, wie man ihn aufnehmen sollte. Said Pascha weiß recht gut, daß er in den Augen des Divans noch lange nicht die erste Stelle nach dem Sultane einnimmt. Ueber ihm steht der Großvezir und der Seraskier, der Kapudan Pascha, der Serdarekrem, der Scheich-ul-Islam und andere mehr oder minder angesehene Würdenträger dünken sich vornehmer oder wenigstens eben so viel als er. Man nennt ihn schlechtweg wie jeden andern Satrapen Wali, d. h. Gouverneur, und er nimmt höchstens unter den übrigen Vasallenfürsten den hervorragendsten Rang ein. Die Verlegenheit war groß, wie man sich denken kann, allein der kluge Aegyptier wußte sich und seinem Lehnsherrn heraus zu helfen. Zuerst stellte er sich in Toulon krank und regelte den Lauf seiner Dampf-Yacht derart, daß er genau am Morgen des Geburtstages des Propheten, Mewlud, hier ankam und demnach unter dem Donner der Kanonen in den Bosporus einfuhr. Nun aber werden bekannter Maßen bei jedem religiösen oder sonstigen Feste im Orient zu den Gebetszeiten Salutschüsse gelös't, und es bleibt deßhalb ganz und gar unentschieden, ob dem Propheten oder Said Pascha, oder beiden zu Ehren die Kanonen gedonnert haben. Der Vicekönig hat eine Villa bei Arnautköi am Bosporus bezogen, und gibt kund, er sei ungemein leidend.

In Marach (Kleinasien) dauern, laut Nachrichten aus Konstantinopel vom 17. d., die Feindseligkeiten fort. Die türkischen Truppen, welche die Armenier züchtigen sollen, sind von diesen zurückgeschlagen worden. Der dortige Gouverneur, Aziz Pascha, ist abgesetzt und nach Konstantinopel gefordert. Ein Special-Commissär der Pforte ward abgeschickt und ihm auf Antrag des französischen Gesandten zwei Armenier beigegeben.

Zur Tagesgeschichte.

**Im Laufe des verflossenen Jahres wurde der ganze Bau der Votivkirche bis zur Höhe der Seitenschiffe ($7\frac{1}{2}$ Klaftern Höhe) vollendet und somit die sog. erste Gleiche geschlossen. Mit dem Beginn dieses Jahres wurde an der Hauptfaçade begonnen und diese bis zur Höhe des Mittelschiffes, d. h. bis zur Höhe von 15. Klaftern gefördert. Dieser Bautheil begreift die beiden Thürme und das große Radfenster in sich, welches zur Beleuchtung des Hauptschiffes von der Ostseite dient. Das Radfenster hat einen Durchmesser von fünf Klaftern. In diesem Bautheile wurde auch der erste Bogen des Gewölbes vom Mittelschiffe aufgestellt. Durch denselben erhält der Beschauer eine deutliche Vorstellung sowohl von der imposanten Höhe des Mittelschiffes wie von seinen Breitedimensionen. Außerdem wurde das Gerüst für die Herstellung des Mittelschiffes bis zum Kreuzschiff aufgerichtet. Die Vorarbeiten in der Bauhütte für die Mauern des Mittelschiffes sind im Laufe dieses Sommers soweit gediehen, daß mit der Versetzung der Werkstücke für die Mauern des genannten Schiffes noch in diesem Jahre begonnen werden kann. Das Hauptportal der Votivkirche ist bereits im Jahre 1861 vollendet worden: gegenwärtig wird an der Ausführung der Ornamente in den Bogengesimsen des Seitenportales gearbeitet. Auch wird an dem Ornamenten-Fries im Hauptgesimse, welches als Abschluß des ganzen zweiten Geschosses dient, gearbeitet, so zwar, daß er noch im Laufe dieses Jahres versetzt werden kann.

** Wie der Brünner „Hlas" erfährt, beabsichtigt die für die heiligen Orte eine besondere Ehrfurcht besitzende Gräfin Dietrichstein in Peggau (Steiermark) auf dem Berge Tabor in Palästina ein Kloster zu errichten, und hat dieselbe bereits beim heil. Vater in Rom die geeigneten Schritte gethan, um die Erlaubniß zu diesem Unternehmen zu erwirken.

** Der „W. Ztg." wird telegraphisch aus Pest, 26. September, gemeldet: „Heute Vormittag vor 10 Uhr ist das Gerüste bei dem Leopoldstädter Kirchenbau eingestürzt. Bis jetzt (11 Uhr 20 Min.) wurden von den Arbeitern — Slowaken — „ Todte und ein schwer Verwundeter unter den Trümmern hervorgezogen.

** (Noch ein Jubiläum.) Die Zündhölzchen feiern heuer die Zeit ihres 50jährigen Bestehens. Begonnen wurde in Wien mit den sogenannten Tunkzündhölzchen aus Fichtenholz, deren Anfertigung vorzugsweise in den Versorgungshäusern und im k. k. Invalidenhause betrieben wurde. Zunächst in geschmolzenen Schwefel und sodann in mit Minium gefärbtes chromsaures Kali getaucht, kosteten im Jahre 1812 je hundert Stück solcher Hölzchen nicht weniger als 1 fl. W. W.

** In Königsberg (in Preußen) wurde am vergangenen Sonntag Mittags die Feuerwehr alarmirt; es hieß, die Spitze des Altroßgärtner Kirchthums brenne. Allein der Alarm war ein falscher und Mücken hatten ihn veranlaßt. Um die Spitze des Kirchthurmes schwirrten nämlich Milliarden von Mücken in einer solchen Weise, daß man unten aus den Schwarm für einen aus dem Thurm strömenden Rauch ansah. (Die Einwohner von Domnau werden noch heute „Mückenspritzer" genannt, weil sie vor vielen Jahren einmal ebenfalls einen Mückenschwarm an ihrem Kirchthurm für Rauch ansahen und mit der Spritze herbeigefahren kamen.)

** Am 21. Sept. ereignete sich in Bremen in der Renz'schen Menagerie das Unglück, daß bei der Dressur der Raubthiere ein Panther, in dessen Käfig sich der Thirrbändiger begeben, durch einen äußeren Zufall in Wuth versetzt wurde, auf den Wärter zusprang und demselben Brust und Arme derart zerfleischte, daß der Unglückliche sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Nur mit Mühe gelang es, den Menschen von der wüthenden Bestie zu befreien.

** Zu Willemsoord (Holland) ist am 18. Sept. das große trockene Dock auf eine bedeutende Länge gerissen. Das Wasser strömte mit solcher Gewalt hinein, daß sich die darin befindlichen Arbeiter nur mit Mühe vom Tode retten konnten. Die Herstellung dieses bedeutenden Werkes hat Millionen gekostet und viele Jahre gedauert, und man bezweifelt jetzt, es wieder herstellen zu können, da das kolossale Mauerwerk durch die Kraft des Wassers durch einander geworfen, der Boden aber ganz besonders schlecht ist.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 29. September.

* In der vergangenen Woche wurden bei dem Landesgerichte hier 8 Schlußverhandlungen vorgenommen und zwar eine wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, eine wegen Verbrechens der schweren körperlichen Verletzung, sechs wegen Verbrechens des Diebstahls. Es sind Urtheile gegen siebzehn Angeklagte ergangen. Wegen des obigen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe stand die Gutspächterin Mathilde Gräfin Koziebrodska, der Schullehrer Valentin Ryczkiewicz, dann der Organist Joseph Lewkowicz theils wegen Verbreitung der Lieder „Boże coś Polskę" u. a. m., theils wegen hervorragender Thätigkeit im Zwecke des Absingens derselben vor Gericht. Der Staatsanwalt beantragte als Strafe für Mathilde Gräfin Koziebrodska einmonatlichen einfachen Kerker, für Joseph Lewkowicz dreimonatlichen einfachen Kerker, für Valentin Ryczkiewicz sechsmonatlichen schweren Kerker. Der Gerichtshof fällte wider Mathilde Gräfin Koziebrodzka das Schuldlosigkeitsurtheil und verurtheilte die beiden andern Beschuldigten zu je vierwochentlichen Kerker. Der Staatsanwalt hat sowohl gegen das Schuldlosigkeitsurtheil als auch gegen die Strafurtheile wegen zu gering bemessener Strafe, die beiden Verurtheilten wider die gegen sie ergangenen Straferkenntniße die Berufung angemeldet.

* Die Anzahl der Kurgäste in Krynica belief sich am 15. September l. J. auf 520 Parteien mit 1077 Personen. Abgereist sind in der Zeit vom 1. bis 15. September d. J. 255 Parteien mit 537 Personen.

* Der Zuckerbäcker Martin Smoleński aus Krasne, Rzeszower Kreises, welcher in Lemberg beim Henemann das Gewerbe gelernt und dort in verschiedenen Zuckerbäckereien conditionirte und vor einigen Jahren sich in Odessa aufgehalten hat, ist dort im vorigen Jahre am Ufer des Meeres mit unterschnittenem Halse gefunden worden. Alle Bemühungen des österreichischen Consulates, die Ursache zu entdecken, ob er ermordet wurde oder sich selbst entleibte, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Am 15. und 16 d. M. wurde die technisch-polizeiliche Prüfung der croatischen Eisenbahn von Steinbrück über Agram nach Sissek vorgenommen. Der Zustand der Bahn wurde entsprechend gefunden. Die Aufstellung der Signalisirungsmittel ist noch im Zuge. Der Tag der Betriebseröffnung ist noch nicht festgesetzt, dieselbe dürfte jedoch in den ersten Tagen des Monats October erfolgen. Der Entwurf der Fahrordnung liegt bereits zur Genehmigung vor; nach demselben soll auf der gedachten Strecke vorläufig ein Personenzug nebst den erforderlichen Lastzügen in jeder Richtung täglich verkehren.

— Die Fahrten auf der Warschau-Petersburger Eisenbahnlinie haben bereits begonnen; die Strecke wird, sammt Aufenthalt an den Stationen, in 38 Stunden zurückgelegt. Da man von Wien nach Warschau innerhalb 27 Stunden kommt, so ist die Strecke Wien-Petersburg in 65 Stunden zurückzulegen.

Breslau, 24. September Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 kr. öst. W. außer Agio):

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	82 — 84	79	74 — 76
Gelber „	80 — 82	78	73 — 77
Roggen	58 — 59	57	52 — 55
Gerste	40 — 42	38	36 — 37
Hafer	24 — 25	23	21 — 22
Erbsen	52 — 54	50	45 — 48
Rübsen (für 150 Pfd. brutto) .	233 —	223 —	210
Sommerraps	— —	— —	—

Tarnów, 25. September. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währung): Ein Metzen Weizen 4.37 — Roggen 2.77 — Gerste 2.20 — Hafer 1.15 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.50 — Hirse 2.15 — Buchweizen 2.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Futterklee 1.35 — Der Zentner Heu 1.30 — Ein Zentner Stroh —.70.

Rzeszów, 25. September. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Metzen Weizen: 3.95 — Korn 2.45 — Gerste $1.97\frac{1}{2}$ — Hafer 1.12 — Erbsen 2.50 — Bohnen 2.— — Hirse 2.— — Buchweizen 2.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 7.80 — weiches 6.— — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh —.80.

Bochnia, 26. Septmbr. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. Währ.): Ein Metzen Weizen 4.50 — Roggen 2.63 — Gerste 2.25 — Hafer 1.75 — Erbsen —.— Bohnen —.— — Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel 1.20 — 1 Klafter hartes Holz 10.— — weiches 7.50 Futterklee —.— — 1 Zentner Heu 1.50 — 1 Zentner Stroh —.—.

Biala, 26. Septmbr. Marktpreise in österr. Währ.: Ein Metzen Weizen 4.78 — Roggen 3.02 — Gerste 2.57 — Hafer 1.44 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.— — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Ein Zentner Heu 1.— Stroh 1.14.

Paris, 26. September. Schlußkurse: 3perz. Rente 69.45. — $4\frac{1}{2}$perc. 96.25. — Staatsbahn 482. — Credit-Mobilier 1018. — Lombarden 612. — Piemontesische Rente 71.50.

Consols mit $93\frac{1}{2}$ gemeldet.

Haltung fest, belebt.

Krakauer Cours am 27. Sept. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. $109\frac{1}{2}$ verlangt, fl. p. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 367 verlangt, 361 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 81 verlangt 80 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. $123\frac{3}{4}$ verlangt, $122\frac{3}{4}$ bez. — Russische Imperials fl. 10.30 verlangt, fl. 10.15 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.06 verlangt, 9.92 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.92 verlangt, 5.84 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.— verlangt, 5.92 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. $101\frac{1}{6}$ verl., $100\frac{1}{2}$ bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coupons in österr. Währung $82\frac{1}{6}$ verl., $81\frac{1}{3}$ bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Münz. fl. 86 verlangt, $85\frac{1}{6}$ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. $74\frac{3}{4}$ verl., $73\frac{3}{4}$ bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. $82\frac{3}{4}$ verlangt, $81\frac{3}{4}$ bezahlt. — Actien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 229 verl., 227 bezahlt.

Lotto-Ziehungen vom 27 September.

Linz:	62	76	20	5	17.
Brünn:	29	53	30	42	45.
Ofen:	7	40	12	9	83.
Triest:	79	78	40	9	28.

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. Sept. Se. k. k. Apostolische Majestät sind gestern von Kladrub nach Schönbrunn zurückgekommen.

Berlin, 27. September. Der Staats-Anzeiger enthält das Gesetz wegen Aufhebung des Brief-Bestellgeldes. — Herr von Gruner ist in das Herrenhaus berufen worden. — Der Kronprinz wird Se. Maj. den König von Gotha nach Baden begleiten; auch der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen wird mit Sr. Majestät in Baden zusammentreffen: — Die Bank- und Handels-Zeitung nennt den Geheimen Ober-Finanzrath Bitter als Candidaten für das Finanzministerium und theilt mit, daß Regierungsrath Zitelmann in das Ministerium berufen sei. Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat ihre Arbeiten beendigt; nach Streichung der bekannten Posten ergiebt sich ein Ueberschuß von zwei und einer halben Million Thaler.

Das Herrenhaus hält Donnerstag Sitzung; auch sonst verliert das Gerücht längerer Vertagung an Glauben. Die Budgetcommission des Herrenhauses soll nach Aussage von Mitgliedern einig sein, mit motivirter Resolution das Budget des Abgeordnetenhauses zur nochmaligen Erwägung zurückzuverweisen.

London, 27. Sept. Der Bericht des Professors Partridge an das Garibaldi-Comité über den Zustand Garibaldi's lautet: Die Entzündung und die Schmerzen haben aufgehört, in einigen Monaten wird der Fuß Garibaldi's wieder gut sein, obgleich derselbe steif bleibt.

New-York, 15. Semtember. Jackson hat den Potomac bei Williamsport überschritten. M'Clellan und Burnside griffen die Conföderirten bei den Höhen von Hagerstown an. Nach einem hitzigen Gefechte machten die Bundestruppen eine große Anzahl Gefangener. Die Conföderirten zogen sich zurück, die Bundestruppen verfolgen sie. Einem Gerüchte zu Folge wurde General Lee verwundet, General Reno getödtet. Der Verlust der Conföderirten wird auf 15.000 Mann geschätzt.

New-York, 17. September. M'Clellan zeigt an, daß die Conföderirten nach einer Schlacht bei Hagerstown über den Potomac zurckgegangen sind.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 28. September.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Ferdinand Sawicki aus Litthauen. Alexander Bobr und Josef Życiński aus Polen. Wladimir Szwejkowski aus Galizien. Ferner Herr Ignatz Janicki, Professor, aus Warschau.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Adalbert Chrzanowski und Franz Buczki nach Polen.

Amtsblatt.

N. 14242. **Kundmachung.** (4166. 3)

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau wird zur Lieferung nachstehend bezeichneter Papiergattungen für den Bedarf der leitenden Finanzbehörden und der unterstehenden Aemter und Organe im Verwaltungs-Jahre 1863 die Concurrenz-Verhandlung hiemit ausgeschrieben.

Unternehmungslustige haben ihre schriftlichen Anbote versiegelt unter Beibringung von 4 Musterbogen jeder zur Lieferung deklarirter Papiergattung und bei Anschluß des mit fünf Percent des angebotenen Preises berechneten Angeldes, oder bei legaler Nachweisung, daß letzteres zu diesem Behufe bei einer Aerarialkasse erlegt wurde, bis einschließig 3. October 1862 bei dem Präsidium der obgenannten Finanz-Landes-Direction unter der Aufschrift: „Anbot für die Papierlieferung auf das Verwaltungsjahr 1863" einzubringen.

Die zu liefernden Papiergattungen und deren beiläufige Menge sind, und zwar:

Post-Nr.	Gattung des Papieres	Erforderniß Masch. Papier	Format Höhe	Format Breit
		Rieß	Wien.-Zoll	
1	Klein-Konzept	1764	13½	17
2	Groß-Konzept	1092	15	18½
3	Klein-Median-Konzept	348	16½	22
4	Groß-Median-Konzept	61	17	23
5	Klein-Regal-Konzept	115	18½	24
6	Groß-Regal-Konzept	14	19	26
7	Imperial-Konzept	17	21½	29
8	Klein-Kanzlei	685	13½	17
9	Groß-Kanzlei	15	15	18¼
10	Klein-Median-Kanzlei	2	16½	22
11	Postpapier Kleinformat	8	13½	17
12	Pakpapier Klein	73	18½	24
13	dto. Groß	76	21	30
14	Couvert-Papier	39	15	18½
15	Fließ-Papier	10	15	18½

Die näheren Lieferungs-Bedingnisse können bei dem Oekonomate der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau (Aerarialgebäude am Stradom CN. 9) in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 11. September 1862.

N. 14242. **Obwieszczenie.**

W celu zabezpieczenia dostawy papieru w gatunkach niżéj wymienionych dla użytku c k. krajowéj Dyrekcyi skarbowéj w Krakowie i podwładnych urzędów i organów na rok administracyjny 1863, rozpisuje się publiczną licytacyę za pomocą ofert pisemnych. Oferty te zawierać mają próby po 4 arkusza z każdego gatunku papieru, którego dostawę przedsiębiorca objąć zamierza, potem wadyum wynoszące 5 odsetek ogólnéj wartości zamierzonéj dostawy, lub wykaz, że takowe wadyum w c. k. kasie złożone zostało; winno być należycie podpisane, opieczętowane i najdaléj do 3go pazdziernika 1862 podane do Prezydyum c. k. krajowéj Dyrekcyi skarbowéj w Krakowie, pod napisem: „Oferta w celu objęcia dostawy papieru na rok administracyjny 1863".

Dostawa papieru tyczy się następnych gatunków:

Nr. bież.	Nazwa gatunków papieru	domniem. ilość szyn. pap.	formatiu dług.	formatiu szer.
		ryz	wied. cal.	
	Papier do pisania maszynowy:			
1	konceptowy w małym form.	1764	13½	17
2	„ w dużym „	1092	15	18½
3	„ medyan mały	348	16½	22
4	„ „ duży	61	17	23
5	„ rygałowy mały	115	18½	24
6	„ „ duży	14	19	26
7	„ imperiałowy	17	21½	29
8	kancelaryjny w małym form.	685	13½	17
9	„ w dużym „	15	15	18½
10	„ median mały	2	16½	22
11	papier do pis. pocztowy mały	8	13½	17
12	„ do opakowania mał. for.	73	18½	24
13	„ „ duż. for.	76	21	30
14	„ do kuwertów	39	15	18½
15	„ bibułowy	10	15	18½

Bliższe szczegóły warunków licytacyjnych mogą być przejrzane w zwykłych godzinach urzędowych w kancelaryi c. k. ekonomatu krajowego (w dolnéj części domu rządowego na Stradomiu pod l. 9).

Z c. k. Dyrekcyi krajowéj skarbu.

Kraków, dnia 11 września 1862.

N. 909. **Kundmachung.** (4178. 3)

Mit Bezug auf den §. 29 der Branntwein-Steuer Vollzugs-Vorschrift vom 17. Juli 1862 wird vom gefertigen k. k. Finanz-Landes-Directions-Oeconomate zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß bei demselben gegen bare Einsendung der bezüglichen Kosten Spiritus-Maßapparate zum Kaufe vorhanden sind, Die Kosten betragen für ein Stumpe'sches Maßapparat 107 fl., für ein Rittinger'sches 80 fl. ö. W. Außerdem ist noch eine Entschädigung für die Transportskosten zu leisten, welche von jeder Landesbehörde nachträglich bekannt gegeben werden wird. Die Bestellungen werden nach Maßgabe des Einlangens der Apparate aus Wien mit thunlichster Beschleunigung realisirt werden.

Schließlich wird beigefügt, daß kleineren Branntwein-Brennereien in Anbetracht des geringeren Preises das Rittinger'sche Apparat anempfohlen wird.

Vom k. k. Finanz-Landes-Directions-Oeconomate.

Krakau, am 24. Septbr. 1862.

N. 57924. **Concurs.** (4173. 2-3)

Zur Besetzung des an der k. k. med. chir. Lehranstalt zu Lemberg erledigten Lehramtes der Seuchenlehre und Veterinärpolizei, womit der Gehalt jährlicher 630 fl. öst. W. verbunden ist, wird der Concurs bis Ende October d. J. mit dem Beisatze eröffnet, daß die Erlangung dieses Lehramtes nebst der entsprechenden wissenschaftlichen und didactischen Befähigung von der genauen Kenntniß der polnischen Sprache oder wenigstens irgend einer slavischen Mundart bedingt ist.

Die Competenz-Gesuche sind belegt mit dem Diplome über die erlangten akademischen Grade und insbesondere mit dem Diplome eines Thierarztes, dann versehen mit der Nachweisung der Sprachkenntnisse, der allenfälligen bisherigen Verwendung im Lehrfache und in der practischen Thierheilkunde, so wie der etwaigen literarischen Leistungen und erworbenen Verdienste binnen jener Frist und zwar, wenn die Competenten sich bereits im öffentlichen Dienste befinden, mittelst ihrer unmittelbar vorgesetzten Behörde bei der k. k. Statthalterei in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 14. September 1862.

N.2310jud. **Edict.** (4163. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Wieliczka wird bekannt gemacht, daß Joel Biedermann wider Schewa Herstein und die dem Namen, Leben und Wohnorte nach unbekannten Erben nach Elias Herstein wegen Berührung mit dem Eigenthumsrechte zu dem zur Realität NC. 374/182 in Klasno gehörigen Bauplatze hiergerichts unterm 1. Sept. 1862 die Klage ausgetragen hat, worüber im Sinne des §. 64 G.-O. die Tagfahrt auf den 10. November 1862 um 9 Uhr Vormittags festgesetzt worden ist.

Nachdem die Erben des Elias Herstein dem Gerichte unbekannt sind, so wurde zu deren Vertretung der Curator in der Person des Jakob Samuel zw. N. Herstein bestellt, mit welchem dieser Prozeß nach den Vorschriften der Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Es werden daher die Erben nach Elias Herstein aufgefordert, zu dieser Jagfahrt, entweder persönlich sich zu stellen, oder dem bestellten Vertreter die zu deren Vertheidigung dienlichen Beweismittel mitzutheilen oder sich einen anderen Vertreter zu wählen, als sonst sie die aus der unmangelhaften Vertretung für sie entstehen mögenden Folgen dem eigenen Verschulden zu zuschreiben haben werden.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Wieliczka, am 2. September 1862.

N. 16132. **Edykt.** (4169. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Stanisława Żukowskiego i p. Ignacego Kasparego z miejsca pobytu niewiadomych, że na prośbę p. Bolesława Radwańskiego i p. Laury Radwańskiéj pod dniem 24 maja 1861 do l. 9030 podaną, extabulacya sumy 333 duk. 6 złp. z stanu biernego dóbr Swoszowice w obwodzie Wadowickim położonych na rzecz Stanisława Żukowskiego intabulowanéj, a następnie na p. Ignacego Kasparego i p. Laurę Radwańską przeniesionéj, uchwała c. k. Sądu krajowego Lwowskiego z dnia 4 listopada 1861 do l. 32096 dozwoloną została.

Dla zawiadomienia p. Stanisława Żukowskiego i p. Ignacego Kasparego z miejsca pobytu niewiadomych o uchwale wymienionéj extabulacyę dozwalającéj, c. k. sąd krajowy ustanowił im kuratorem p. adwokata krajowego Dra Balko z substytucyą p. adwokata krajowego Dra Machalskiego, którym zastępstwo nieobecnych wedle przepisów prawa polecono.

Kraków, dnia 2 września 1862.

N. 42. **Kundmachung.** (4168. 1-3)

Die für Galizien mit Krakau und die Bukowina in Lemberg eingesetzte k. k. staatsrechnungswissenschaftliche Prüfungs-Commission wird für das Studienjahr 1863, d. i. vom 1. October 1862 an ihre Functionen wieder aufnehmen und dieselben für Autodidacten in den letzten drei Tagen eines jeden Monates bis Ende Juli 1863 fortsetzen.

Um zur Prüfung zugelassen zu werden, wird Folgendes zu beobachten sein:

a) Haben die Bewerber in ihren, an den Vorstand der k. k. Staatsbuchhaltung als Präses der Prüfungs-Commission gerichteten, gehörig gestempelten Gesuchen das Vaterland, den Geburtsort, die Religion, die zurückgelegten Studien und ihr dermaliges Domicil genau anzugeben und nachzuweisen;

b) jene Kandidaten, welche in Lemberg domiciliren, haben sich auf Grund des §. 4 des Gesetzes vom 17. November 1852 (Reichsgesetzblatt vom Jahre 1853 I. Stück) noch mit einem Frequentations-Zeugnisse, darüber auszuweisen, daß sie die öffentlichen Vorlesungen über Verrechnungskunde an der hiesigen k. k. Universität durch ein ganzes Jahr gehört haben, nur k. k. Fouriere aus dem activen Armeestande und die in Lemberg wohnenden Beamten der k. k. Finanz-Verwaltung, wenn dieselben von der h. k. k. Finanz-Landes-Direction die ausdrückliche Bestätigung beibringen:

1. daß ihnen der Besuch der Vorlesungen aus Dienstrücksichten unmöglich war, und
2. daß sie in die Kathegorie jener Beamten gehören, welche in dem Decrete des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 5. Dec. 1854 Z. 52209-195 näher bezeichnet sind, können im Grunde der bestehenden speziellen hohen Ermächtigungen, ohne Beibringung der Frequentations-Zeugnisse zur Prüfung zugelassen werden;

c) auswärtige Bewerber, welche der Gelegenheit zum Besuche der Vorlesungen ermangelten, haben die bei ihrem Selbststudium benützten theoretischen Hilfsmittel nachzuweisen, zugleich aber darzuthun, daß sie entweder das Unter-Gymnasium, oder den commerciellen Lehrcurs an einem technischen Institute, oder die Ober-Realschule mit gutem Erfolge zurücklegten, oder aber daß sie sich im Casse- oder Comptabilitätsdienste der öffentlichen oder einer städtischen Gemeindeverwaltung bereits verwenden;

d) wenigstens 24 Stunden vor der Vornahme der Prüfung haben die Autodidacten die Prüfungstaxe von acht Gulden 40 kr. öst. Währ. unter Vorzeigung der schriftlichen Bewilligung zur Ablegung der Prüfung an die Verlagskasse der k. k. Staatsbuchhaltung zu erlegen und die hierüber ausgestellte Bescheinigung im Vorstandsbureau nebst einer 72 kr. Stempelmarke abzugeben.

Jene Kandidaten, welche gehörig vorbereitet die Prüfung abzulegen wünschen, werden, wenn sie in Lemberg domiciliren und Frequentations-Zeugnisse besitzen, ihre mit den erforderlichen Nachweisungen belegten, vorschrifsmäßig gestempelten Gesuche nebst einer 72 kr. Stempelmarke dem Vorstande der Commission persönlich zu übergeben haben, welcher ihnen Ort, Tag und Stunde der Prüfung mündlich bekannt geben wird, dagegen haben auswärtige Bewerber wenigstens 3 Wochen vor dem Schlusse des Monats, in welchem sie die Prüfung abzulegen wünschen, ihre Gesuche frankirt durch die Post, jene aber welche in einem öffentlichen oder Kommunaldienste stehen, durch ihre vorgesetzte Behörde einzusenden, und werden auch auf diesem Wege beschieden werden.

Vom Vorstande der k. k. Prüfungs-Commission über Verrechnungskunde.

Lemberg, am 15. September 1862.

N. 56381. **Kundmachung.** (4159. 1-3)

Auf Grundlage der zu Folge Allerhöchsten Entschließung vom 5. Jänner 1850 erlassenen provisorischen Ministerial-Verordnung vom 16. Jänner 1850 (R.-G.-B. Nr. 63) wegen Einführung von Staatsprüfungen für selbstständige Forstwirthe und für das Forstschutz und zugleich technisches Hilfspersonale, wird in Gemäßheit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft vom 28. August 1862 Z. 6071/555 und im Nachhange zu den hierortigen Kundmachung v. 26. April 1862 Z. 27003 zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Staatsprüfungen für beide obgedachte Kathegorien des Forstpersonals für den Umfang dieses Statthalterei-Gebietes am 13. October 1862 und den nächstfolgenden Tagen in Lemberg abgehalten werden.

Diejenigen Kandidaten, welche sich einer dieser Prüfungen unterziehen wollen, haben sich zeitgemäß unter Vorweisung der hiezu erhaltenen Bewilligung, dann eines die Identität ihrer Person bestätigenden Geleitscheines und der Bestätigung über die bei der hiesigen k. k. Landeshauptkasse berichtigten Prüfungstaxe, bei dieser k. k. Statthalterei zu melden.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 10. September 1862.

N. 56381. **Ogłoszenie**

Na podstawie prowizorycznego rozporządzenia ministeryalnego z dnia 16 stycznia 1850 (D. Rz. P. Nr. 63) wydanego w skutek najwyższéj uchwały z dnia 5 stycznia 1850 tyczącéj się egzaminów rządowych dla samoistnych leśniczych i niższych nadzorców leśnych, a oraz pomocników w czynnościach technicznych, podaje się stósownie do reskryptu wysokiego c. k. Ministerstwa handlu i gospodarstwa krajowego z dnia 28 sierpnia 1862 do l. 6071/555 i dodatkowo do tutejszego obwieszczenia z dnia 26 kwietnia 1862 do l. 27003 do wiadomości powszechnéj, że egzamina rządowe dla obu wspomnionych kategoryi leśniczych w okręgu Namiestnictwa dnia 13go i następnych dniach października 1862 we Lwowie odbywać się będą.

Życzący sobie poddać się jednemu z tych egzaminów, mają się wcześnie zgłosić do tutejszego c. k. Namiestnictwa z okazaniem otrzymanego na to pozwolenia, tudzież certyfikatu wykazującego tożsamość osoby i potwierdzenia względem złożonéj w tutejszéj c. k. głównéj kasie krajowéj przepisanéj taksy.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 10 września 1862.

N. 893 jud. **Edykt.** (4174. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Jordanowie czyni wiadomo, iż Maciéj Gacek, gospodarz gruntowy w Skomielny białéj dnia 28 marca 1815 beztestamentalnie zmarł i po sobie własne dzieci i wnuków pozostawił.

Ponieważ sądowi miejsce pobytu syna Sobestyana Gacek nie jest wiadome, więc wzywa się go niniejszym, aby w jednym roku od dnia niżéj wyrażonego rachując, w tutejszym sądzie zgłosił się, i oświadczenie swoje do spadku tegoż wniósł, gdyż po upływie terminu tego, pertraktacya masy ze spadkobiercami się ogłoszonemi i z kuratorem Walentym Gacek dla niego ustanowionem przeprowadzoną będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Jordanów, dnia 3 września 1862.

Wiener - Börse - Bericht

vom 25. September.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	66.55	66 65
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	83.10	83 20
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70 80	71.—
dtto. „ 4½% für 100 fl.	62 75	63 —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	135.75	136.25
„ 1854 für 100 fl.	90.25	90.50
„ 1860 für 100 fl.	90.40	90 50
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.-	17 25

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Niede. Österr. zu 5% für 100 fl.	85.50	86 50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	89.—	89.50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88 25	88.75
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	85.—	86.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	96.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	86.50	88.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	71.75	72.50
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	70.50	71.25
von Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	71.75	72.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.75	72.—
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	69.75	69.90

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	796.—	798.—
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	217.30	217.50
Nieder. öster. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W	623.-	625.-
der Kais.-Fer.-Nordb. zu 1000 fl. CM.	1921	1923
der Staas-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	236 50	237.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	152.50	153 —
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	123.—	123 25
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147 —
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 180 fl (90%) Einz.	278 —	279 —
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	227 50	228.—
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	413 —	415 —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	223.—	225.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	402 —	405 —
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	380.—	385.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CM. 6jährig zu 5% für 100 fl.	103.25	103.75
der Nationalbank auf CM. 10jährig zu 5% für 100 fl.	—.—	100 —
der Nationalbank auf CM. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.—	88 50
der Nationalbank auf österr. Währ. 12monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
der Nationalbank auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	83.70	83 90
Galiz. Kredit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	81 —	81 50

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	131.60	131.80
Donau-Dampfs.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	94 —	94.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	120.—	121.—
„ „ 50 „ „	52.50	53.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	36.50	37.—
Esterhazy zu 40 fl. CM.	94 50	95 —
Salm zu 40 „	37.—	37 50
Palffy zu 40 „	36.—	36 25
Clary zu 40 „	35.—	35.50
St. Genois zu 40 „	35.50	36.—
Windischgrätz zu 20 „	22 25	22 75
Waldstein zu 20 „	21 50	22.—
Keglevich zu 10 „	15 —	15 25

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	105.70	105.90
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%	105.70	105.90
Hamburg, für 100 M. B. 3%	93.50	93.50
London, für 10 Pfd. Sterl, 2%	125 40	125 40
Paris, für 100 Franks 3½%	49 60	49 75

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Letzter Cours Geld fl. kr.	Letzter Cours Waare fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	6 10	6 —	6 —	6 01
„ vollw. Dukaten	6 10	6 —	6 —	6 01
Krone	— —	— —	17 30	17 35
20Frankstück	10 02	— —	10 01	10 03
Russische Imperiale	— —	— —	10 30	10 32
Silber	— —	— —	123 75	124 25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzuge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags.

von Szczakowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt., 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von Przemyśl nach Krakau 9 Uhr Morgens.

von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmitt.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
28	2	332" 57	+ 14°4	69	Ost schwach	trüb			
	10	32 87	+ 8°0	97	Nord-Ost „	heiter	Nebel	+ 8°4	+ 14°6
29	6	32 63	+ 4°0	96	„ still	trüb			

In der Buchdruckerei des „CZAS."

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.